



RUB

DIW BERLIN



KLIMAGELD ALS TRANSFORMATIONSCHEBEL - GESTALTUNGSPOTENTIALE UND UMSETZUNGSBLOCKADEN

Beitrag zur Tagung „Wie steht es um die Zusammenarbeit
zwischen Sozial- und Verbraucherpolitik?“

Veranstalter: AG Konsumsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie im Rahmen des Netzwerks Verbraucherforschung

Technische Universität Berlin, 12. September 2023

Rolf G. Heinze | Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum

Jürgen Schupp | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Institut für Soziologie der FU Berlin

Überblick

Klimakrise, Verlustaversion und Herausforderung gerechter Transformationsregeln

Klimakrise als wahrgenommenes Problem in der Bevölkerung

Verbraucherreaktionen, Politikbewertung und Präferenzen für Klimamaßnahmen

Klimapolitische Wirkungen aktueller politischer Entlastungsmaßnahmen sowie Potenziale eines Klimageldes

Fazit und Aussichten für eine nachhaltigere Sozial- und Klimapolitik

Klimakrise, Verlustaversion und Herausforderung gerechter Transformationsregeln

Die Rückkehr des Themas soziale Gerechtigkeit

- Auf soziale **Schief lagen** beim Klimawandel wurde bereits vor den in Deutschland rasant gestiegenen Energiepreisen infolge des Ukrainekrieges hingewiesen, da einkommensschwächere Haushalte einen höheren Anteil Ihres Haushaltsbudgets für die Energie aufwenden müssen. Zudem ist ihr Beitrag an den ökologischen Zerstörungen weitaus **niedriger** als bei den wohlhabenden Bevölkerungsgruppen. So verursachen die **reichsten 10 %** der Haushalte **26 %** der Emissionslast, während die **untere Hälfte nur für 29 %** steht.
- Aufgrund der Ungleichverteilung wurde in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikatehandel für ein **Klimageld** zu verwenden. Die neuen finanziellen Belastungen sowohl für den Austausch von fossilen Heizsystemen als auch die Energiepreise haben nun aber nicht nur bei einkommensschwachen Gruppen, sondern auch in der Mittelschicht **Ängste** ausgelöst, in einen **sozialen Abstiegsog** zu geraten. Diese subjektiven Befürchtungen prägen das gesellschaftliche Stimmungsbild deshalb so intensiv, weil das deutsche Wohlstandsmodell das **Narrativ** Verzicht nicht kennt.
- In Kombination mit der Wiederkehr kriegerischer Auseinandersetzungen und den Naturkatastrophen, die immer konkreter die Lebenswelten treffen, hat sich eine „Atmosphäre der Angst“ (Rosanvallon 2022, 157ff) aufgebaut. Eine Option, dieser sozialen Unsicherheit entgegenzuwirken, wären **universelle Sicherungssysteme**.

Herausforderungen einer Klimasozialpolitik

- Wenn sich **Verluste** in einer Gesellschaft mit Wachstums- und Aufstiegsversprechen mit dem Empfinden verbinden, ungerecht behandelt zu werden, baut sich **sozialer Sprengstoff** auf (vgl. Mau 2022). Auch wenn die politische Führung suggeriert, handlungsfähig zu sein, stößt der Staat an seine Steuerungsgrenzen und dies wird in der Bevölkerung registriert.
- Der Dekarbonisierungsprozess hat zur Verstärkung realer und insbesondere gefühlter Abstiegsprozesse beigetragen und deshalb sind sowohl **soziale Leitplanken** als auch nachhaltige Narrative erforderlich. Diese Einsicht ist allerdings bei der Ampelkoalition nur begrenzt angekommen, Parteiengezanke dominiert die politische Szenerie im Sommer 2023. "Ohne Klimageld wird die **Unterstützung der Öffentlichkeit** für den CO₂-Ausstieg **massiv gefährdet**" (Werding 2023; vgl. auch Pop vom Bundesverband Verbraucherzentrale).
- Allerdings kann „die Wende zum Weniger mehrheitsfähig sein, wenn der Rettung eine Richtung gegeben wird“ (Korte 2023) und mit einer solidaritätsfördernden **Zukunftserzählung** verbunden ist, die zugleich als **fair** angesehen wird. Der erste Schritt besteht darin, die Herausforderungen anzuerkennen und nicht zu kommunizieren, „Weiter-So“ wäre zukunftsfähig.

Ökologische Aus- und Verblindungen und Reintegration

- Ein verändertes **Verbraucherverhalten** wäre zwar potenziell ein möglicher Hebel zum Klimaschutz, aber eine solche ‚*Moralisierung der Märkte*‘ scheint gegenwärtig nur begrenzt möglich zu sein, da in der Bevölkerung die ökologischen Bedrohungen nur verspätet wahrgenommen werden. „Die Natur selbst ist politisch nicht artikulationsfähig“ (Beckert 2023, 563).
- Zudem dominiert in modernen Gesellschaften eine ausgeprägte funktionale Differenzierung, die zur Abschottung der einzelnen Funktionssysteme geführt hat. Transformationsprozesse werden nur dann realisiert, wenn sie der jeweiligen **System- und Organisationslogik** erfolgen (in der Wirtschaft bspw. durch Preise).
- Dies gilt auch für eine **Klimasozialpolitik**, die Interdependenzen zwischen eigendynamischen Systemen inszenieren und orchestrieren muss: „Erst wenn die heterogenen Interessen und Logiken dieser Akteure in eine **arbeitsfähige Kongruenz** gebracht sind, kann **gegen die beharrenden Kräfte** ein **Kipppunkt** erreicht werden, der einen Systemwechsel in Gang setzt“ (Wilke 2023, 179).
- "Was bei vielen dieser Reformen bislang gefehlt hat, ist **moralische Plausibilität**. In dem Sinne, dass Bürger den Eindruck haben, es geht bei der Reform **fair** und **gerecht** zu, die Lasten sind einigermaßen **gleich verteilt**" (Mau 2023).

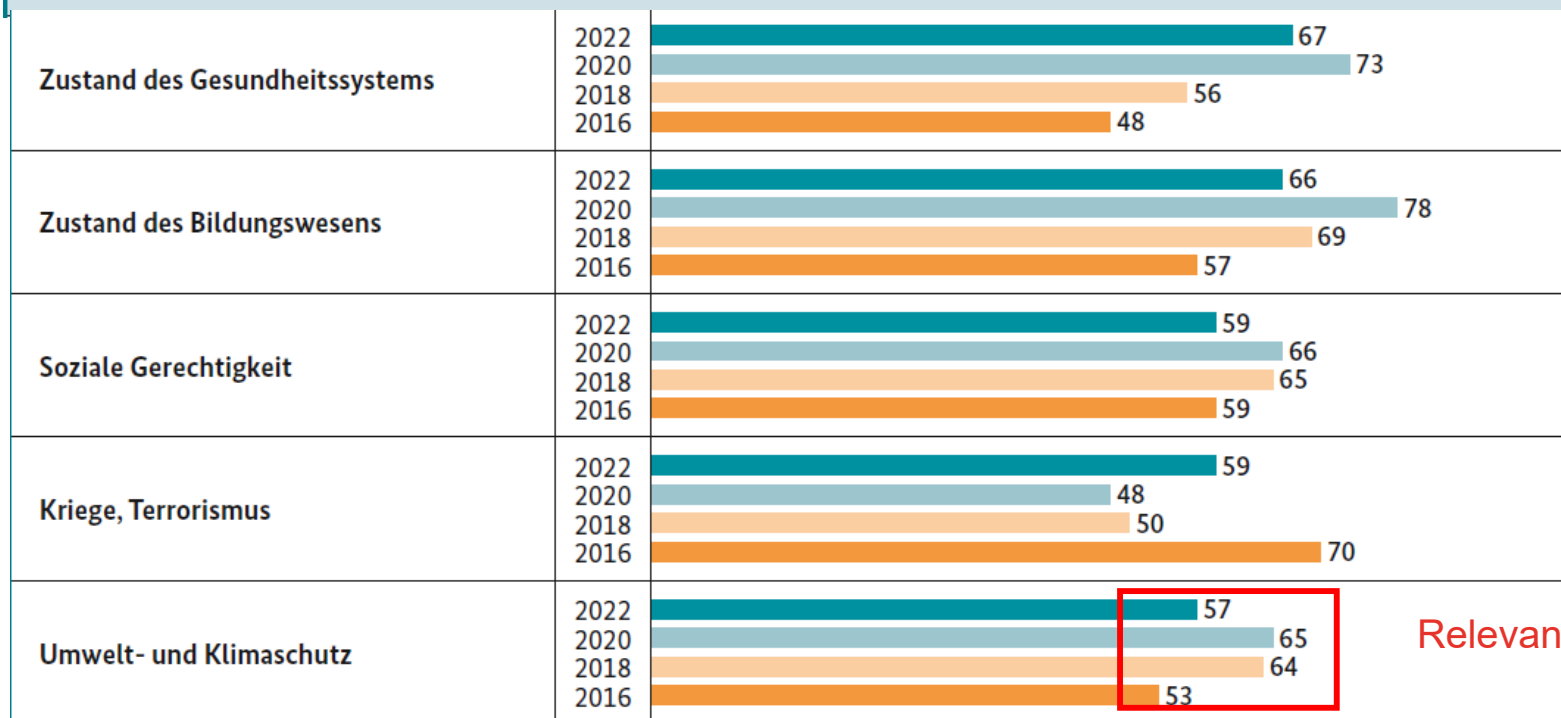
Klimakrise als wahrgenommenes Problem in der Bevölkerung

Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudie 2022

Abbildung 1: Wie wichtig die Menschen in Deutschland verschiedene politische Themen einschätzen (Zeitvergleich)

Frage: Auf der folgenden Liste finden Sie Themen, die unser Land heute beschäftigen. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig oder unwichtig die folgenden Themen aus Ihrer Sicht sind.

Antwort: „sehr wichtig“



Relevanz-Delle???

Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten pro Erhebung, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

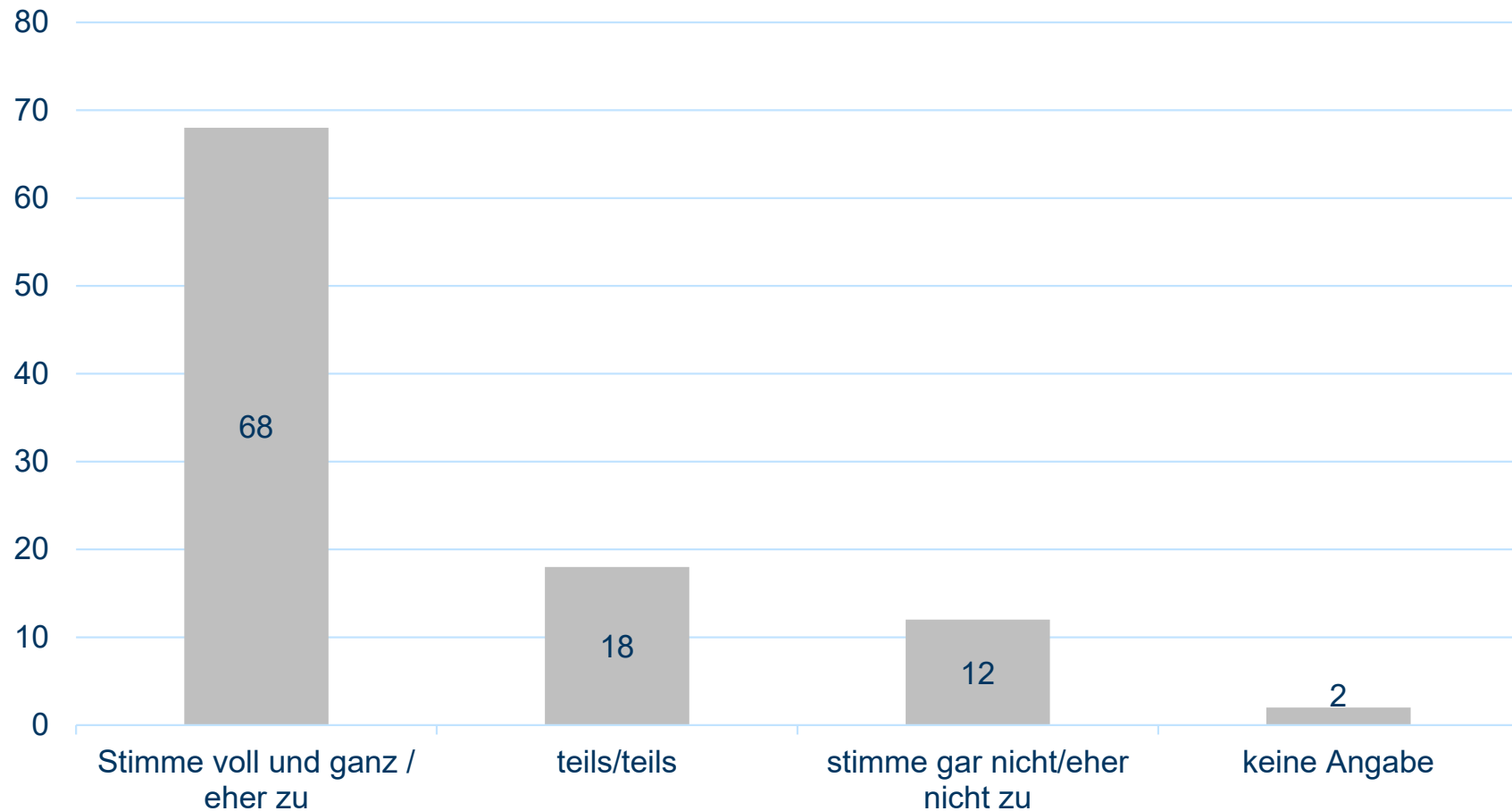
Klimawandel zählt im April/Mai 2023 zu den Top-5 wichtigsten wahrgenommenes Problem



Quelle: Grimm/Groß 2023

Klare Mehrheit für Energiewende in Deutschland

Ich befürworte die Energiewende in Deutschland (in %)

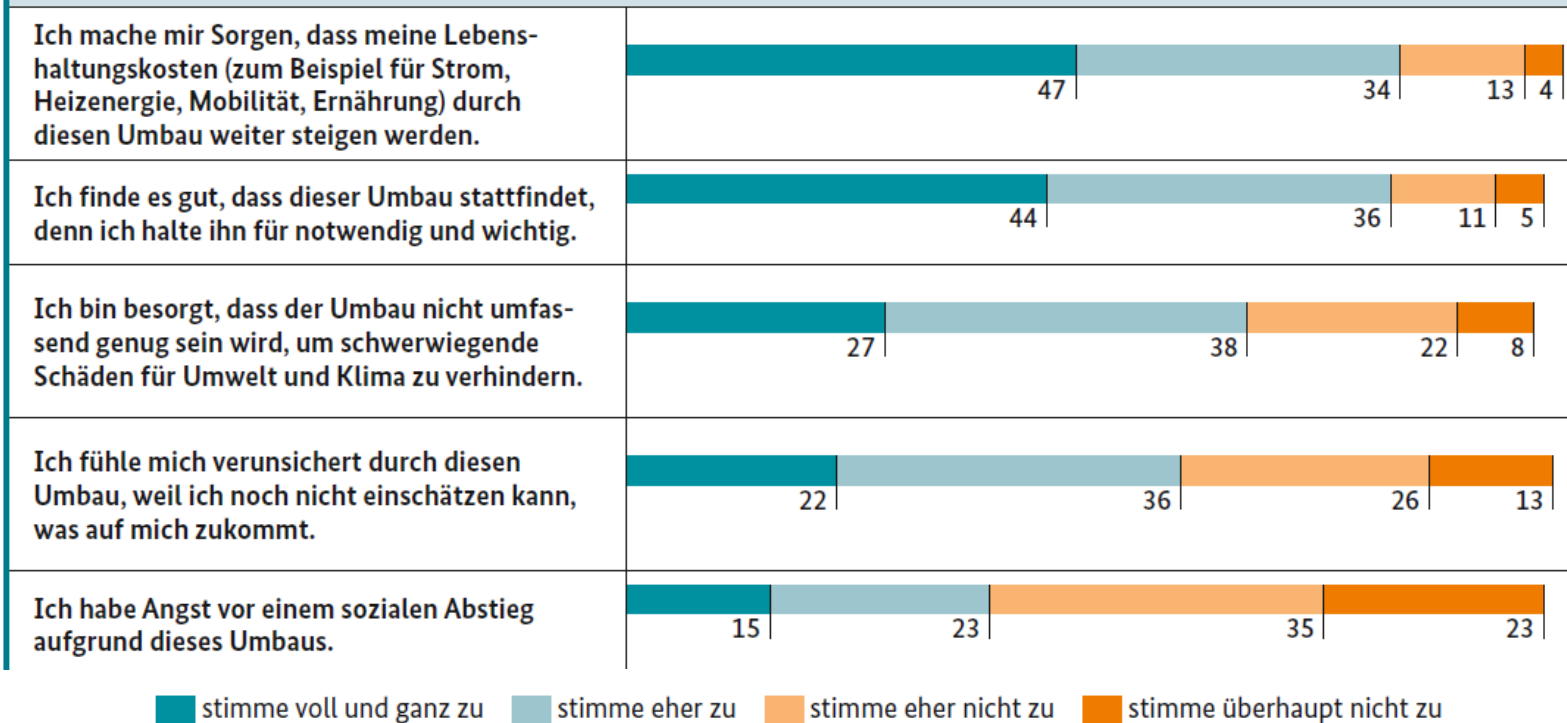


Quelle: Soziales Nachhaltigkeitsbarometer 2023 des Kopernikus-Projektes Ariadne, 3267 Befragte.

Erwartungen der Folgen eines ökologischen Wirtschaftsumbaus

Abbildung 31: Welche Gefühle die Menschen mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau und erwarteten persönlichen Effekten verbinden

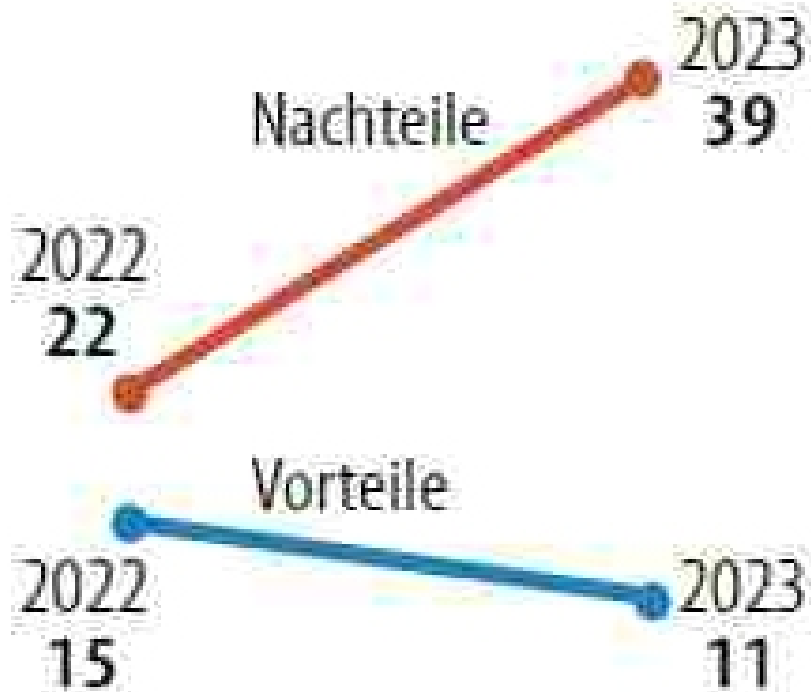
Frage: Was empfinden Sie angesichts des von der Bundesregierung angestrebten Umbaus zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland?



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“
 * Diese Frage wurde nur denjenigen gestellt, die bei der vorherigen Frage nach der Erwerbstätigkeit „Vollzeit erwerbstätig“, „Teilzeit erwerbstätig“ oder „Geringfügig beschäftigt“ angegeben haben (1.118 Befragte).

„Lost in Transformation?“ (Renate Köcher 2023) oder „Veränderungerschöpft“ (Mau 2023)

Haben die Reformen, die
künftig anstehen, Vor-
oder Nachteile für Sie?



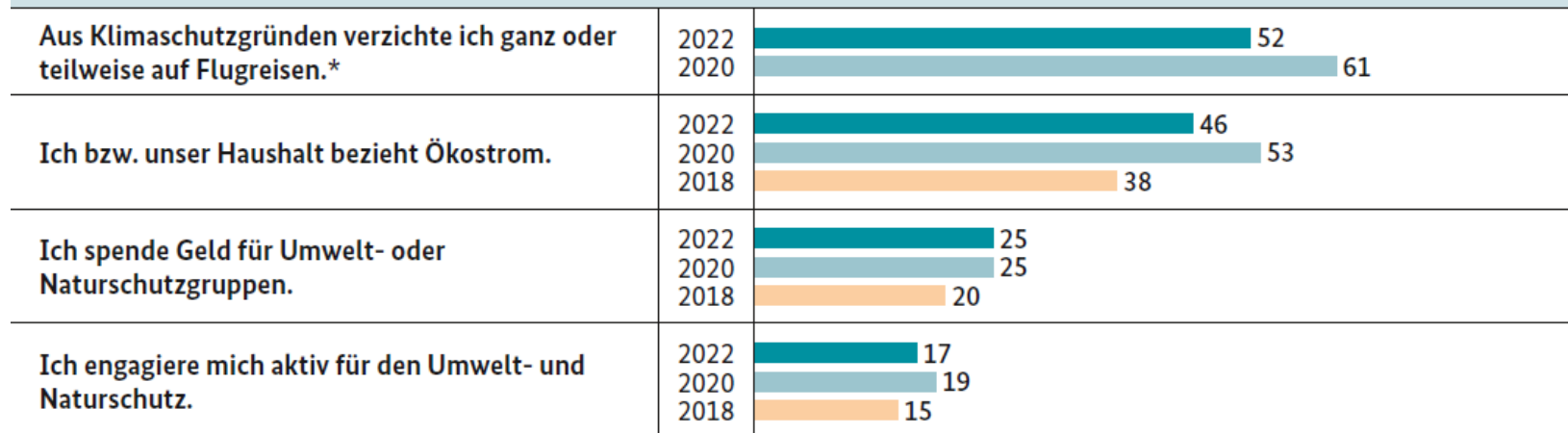
Verbraucherreaktionen, Politikbewertung und Präferenzen für Klimamaßnahmen

Entwicklung des Umweltverhaltens (2020/2022) gemäß Umweltbewusstseinsstudie

Abbildung 19: Kenngröße Umweltverhalten (Zeitvergleich)

Frage: Treffen die folgenden Verhaltensweisen auf Sie zu oder nicht?

Antwort: ja, trifft zu



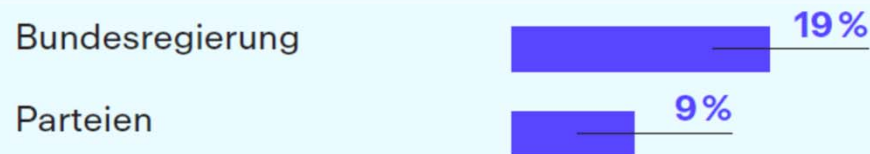
Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

* Frage ist nicht Teil der Kenngröße und wurde 2018 nicht erfasst.

Sinkendes Vertrauen und wachsende Sorgen

Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Institutionen

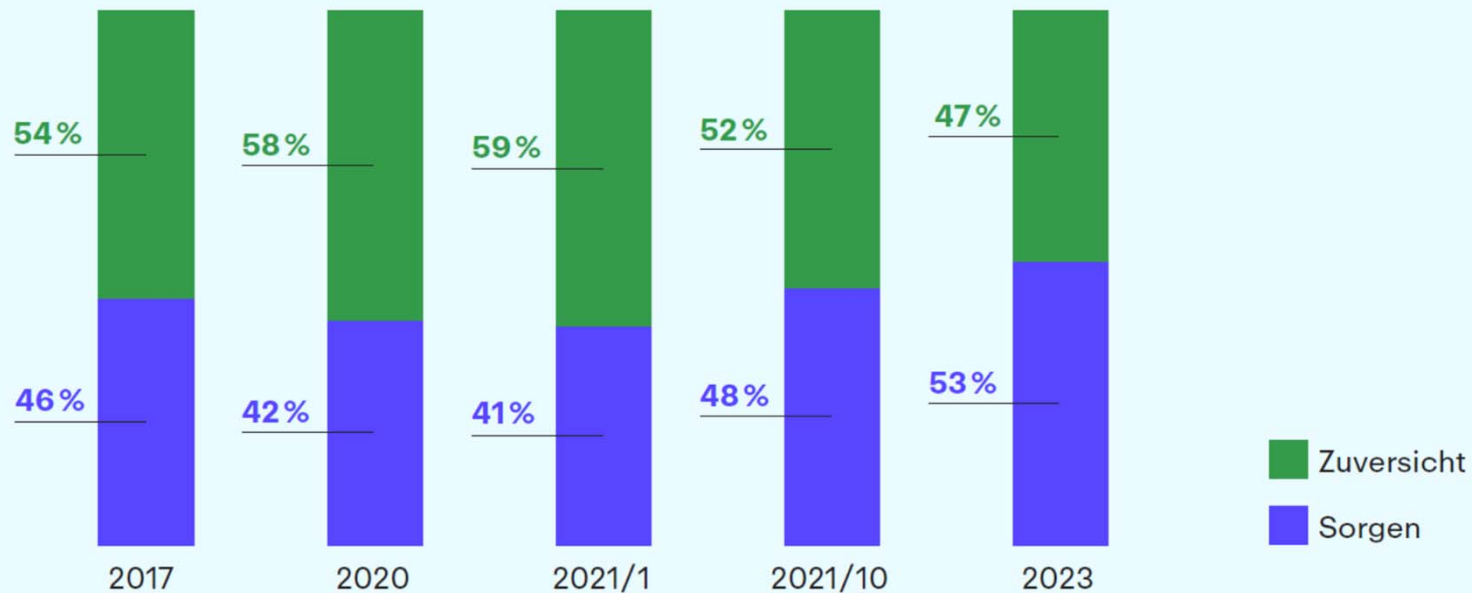
Wie viel Vertrauen haben Sie in folgende Institutionen? (sehr großes/großes Vertrauen)



Quelle: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung Durch policy matters im Juni/Juli 2023 im Auftrag der Körber Stiftung

Sorgen vs. Zuversicht

Persönliche Zukunft: Was überwiegt?



*Bei der Interpretation der Umfrageergebnisse ist zu beachten, dass aus Darstellungsgründen auf ganze Zahlen gerundet wurde. Zudem bedeuten die an 100 Prozent fehlenden Angaben, dass eine Frage nicht oder indifferent beantwortet wurde.

Akzeptanz für höhere CO₂-Bepreisung

Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung:
Geringverdienende bevorzugen eher eine Rückerstattung

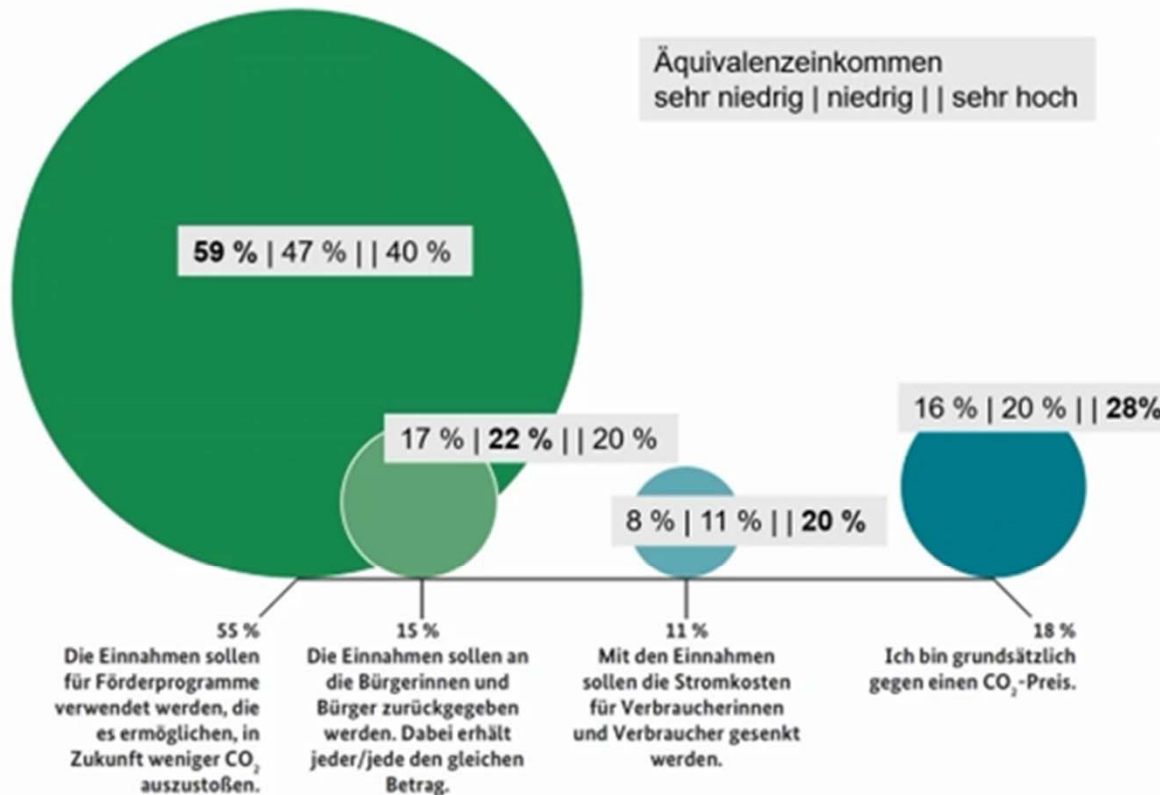
infas

Institut für
sozial-ökologische
Forschung



Äquivalenzeinkommen
sehr niedrig | niedrig | | sehr hoch

Repräsentativerhebung
bei 2.115 Befragten,
Bevölkerung ab 14 Jahren,
Angaben in Prozent

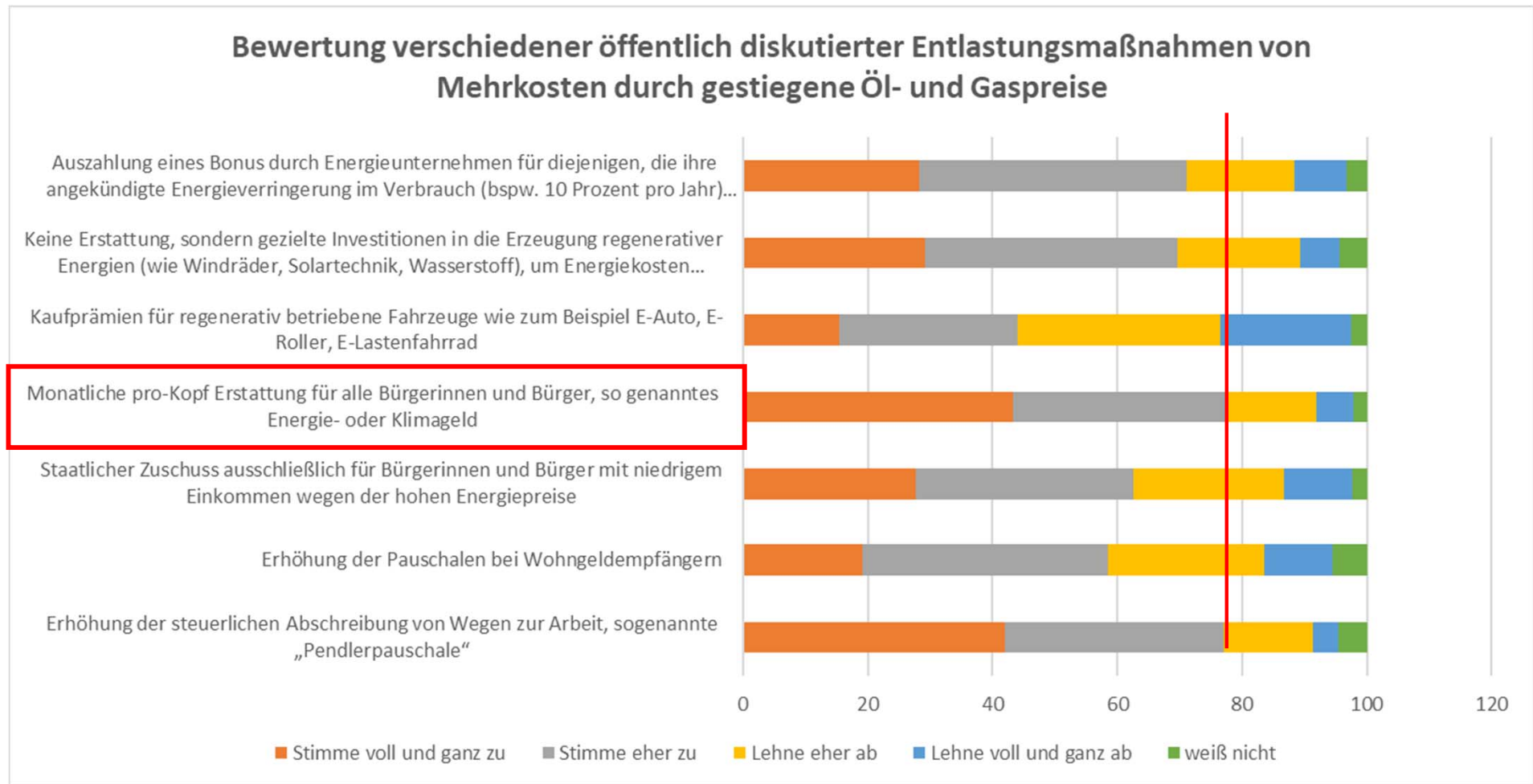


Frage: Um die klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Verkehr oder im Gebäudebereich zu verringern, wird der Staat ab 2021 Kraftstoffe und fossile Heizstoffe (zum Beispiel Heizöl, Gas) mit einem CO₂-Preis belegen. Wenn Sie entscheiden könnten, wie diese staatlichen Einnahmen genutzt werden, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie wählen?

Individuelle und strukturelle Barrieren für das Umweltverhalten – Fachtagung UBA/BMUV am 11. Februar 2022

8

Grad der Zustimmung zu verschiedenen Formen der Entlastung & Kompensation

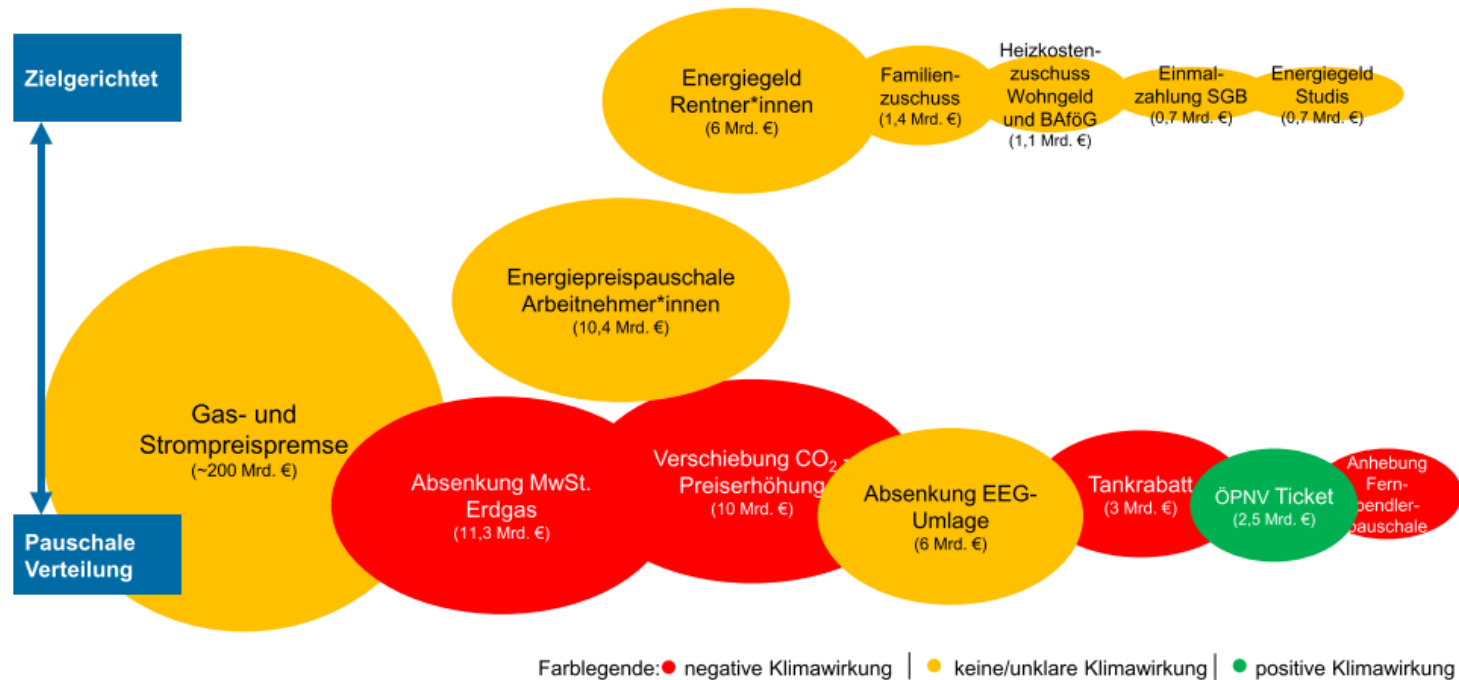


Datenbasis: COMPASS-Online Befragung: N=2117; Feldzeit von 8. bis 17. August 2022. Ergebnisse vgl. Schupp et al. 2022.

**Klimapolitische Wirkungen aktueller
politischer Entlastungsmaßnahmen
sowie Potenziale eines Klimageldes**

Derzeitige Entlastungsmaßnahmen – (fast) keine klimafreundlichen Wirkungen

Abbildung 5: Einordnung der Entlastungsmaßnahmen nach Kosten, Zielgerichtetheit und klimafreundlicher Wirkung über den Wirkzeitraum



Quelle: Eigene Darstellung. Erläuterung Farbcode: grün – positive Klimaschutzwirkung, gelb – neutrale oder unspezifische Klimaschutzwirkung, rot –negative Klimaschutzwirkung. Anmerkung: Die Maßnahmen umfassen unterschiedliche Gültigkeitszeiträume (einige gelten bis zum Jahr 2024 z.B. MwSt-Senkung, andere umfassen nur einmalige Zahlungen). Für die Finanzierung der Strompreisbremse sollen Zufallsgewinne der Stromwirtschaft genutzt werden. Für das Sondervermögen für die Gas- und Strompreisbremse sind 200 Mrd. Euro zur Finanzierung bzw. Vor- oder Teilfinanzierung eingeplant,

Quelle: Schumacher et al. 2022: 19.

Politikversagen bei der Wärmewende/ Klimapolitik

- Die ungleichen finanziellen Belastungen beim Politikwechsel zu nachhaltigen Heizungssystemen führten 2023 zu massiven Akzeptanzverlusten bei der Formulierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Nur noch **knapp die Hälfte** der Haushalte befürwortet nach repräsentativen Erhebungen die Heizungsreform (Grimm/Groß 2023). Die Konflikte liegen u. a. darin begründet, dass noch rund 75 % des Gebäudebestands in Deutschland fossil beheizt wird, also **eine große Mehrheit** betroffen ist.
- Urteil des von der Regierung eingesetzten **Expertenrats für Klimafragen** vom 22.8.2023: „Aus Sicht des Expertenrats **fehlt ein zusammenhängendes, in sich schlüssiges und konsistentes Gesamtkonzept und ein übergreifender Maßnahmenrahmen**. Eine konsequente, möglichst frühzeitige Durchsetzung der festen Obergrenze im nationalen Emissionshandel, inklusive flankierender Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung, wäre hierfür eine naheliegende Option.“
- Hinzu kommen die in allen Bevölkerungsgruppen angewachsenen Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und das stark **geschrumpfte Vertrauen** in die Politik. Insbesondere haben sich die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert: so ist die Bevölkerung in den alten Bundesländern nach einer Studie nur gut zur Hälfte (52 %), in den neuen nur noch zu einem Drittel mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden (Best et al. 2023, 17). Im Osten sind viele Menschen **veränderungerschöpft**, manche sogar **veränderungsavers**.

Die „überlegene“ Alternative: Klimageld

- Budolson et al (2021) haben gezeigt, dass eine Pro-Kopf-Rückgabe erhöhter Energie- und CO₂-Preise die **Erderwärmung eher abzubremsen** vermag als **alternative Erstattungen** steigender Energiepreise.
- Die CO₂-Bepreisung sowie CO₂-Verbrauchsbesteuerung ist mittel- wie langfristig der „**überlegene**“ marktkonforme Transformationspfad, denn Klimapolitik sollte nicht erst an Marktergebnissen ansetzen, sondern an **Produktionsprozessen** und –technologien. Wenngleich **Preise** das Lenkungsinstrument einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft sind und **Verhalten** steuern können, sind **soziale Ausgleichszahlungen** unverzichtbar, um einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten entgegenzuwirken.
- Das Verteuern fossiler Energieträger sorgt für Innovationen in klimafreundliche Technologien und **generiert Einnahmen** für einen **sozialen Ausgleich**.
- Die Erlöse aus dem Emissionshandel sowie aus der CO₂-Bepreisung fließen als Sondervermögen in den sog. Klima- und Transformationsfonds (KTF). Bislang werden daraus jedoch (fast) **ausschließlich** klimapolitische Programmausgaben getätigt – selbst für 2025 (noch) keine Auszahlung, da nicht in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen?

Bisherige Stolpersteine einer Klimasozialpolitik

- Nach den Schwierigkeiten zum Aufbau einer Auszahlungsmöglichkeit für sämtliche Bürgerinnen und Bürger Deutschlands zeichnet sich politischer Streit zur **absoluten Höhe** des Klimagelds sowie des Anteils der CO₂-Preiserhöhung ab. Das BMF geht aktuell von einem funktionsfähigen Auszahlungskanal **Ende 2024** aus.
- Der Fahrplan der stufenweisen **Erhöhung der CO₂-Preise** bis 2027 ist mittlerweile beschlossen, allerdings **fehlt** bislang eine entsprechende **Budgetposition** in der mittelfristigen Finanzplanung für Rückzahlung in Gestalt eines Klimageldes.
- Die bisherige **Nichtauszahlung** eines Klimageldes wird mit der seit 1.7.2022 in Kraft getretenen Streichung der EEG-Umlage (einschl. Steuer) für Stromkunden gerechtfertigt – aber diese Streichung beinhaltet **keinen originären sozialen Ausgleich**. Bis 2027 sollen rund 212 Mrd. Euro aus dem Klima- und Transformationsfond verausgabt werden und diese sind weitgehend verplant für die Förderung von Elektroautos, Wärmepumpen sowie den Umbau einer klimaneutralen Industrieproduktion.
- Autonomie und Souveränität werden zunehmend ins Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt, während zur **sozialpolitischen Flankierung** der Transformation sowie des Verbraucherverhaltens kaum etwas verbindlich kommuniziert wird. Deshalb ist es wenig überraschend, dass sich auch **keine neuen Routinen** umweltkompatiblen Verbraucherverhaltens entwickeln.

Fazit und Aussichten für eine nachhaltigere Sozial- und Klimapolitik



Polykrise und politische Handlungsfähigkeit

- „Wichtig ist mir, dass die Politik den Leuten **reinen Wein** einschenkt und deutlich macht: Der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität **kostet etwas** – auch den einzelnen Bürger“ (*Veronika Grimm in SPON v. 13.8.2023*).
- Die gewachsene Zerstörung der Ökosysteme wurde allerdings nicht nur in der Politik ausgeblendet, sondern auch in der Bevölkerung nur zeitverzögert wahrgenommen. Die Sensorik reagiert erst dann adäquat, wenn große Belastungen **subjektiv spürbar** sind. Zudem dominieren weiterhin die Eigendynamiken der Teilsysteme und verhindern eine gesamtsystemische **Steuerung**, obwohl diese gerade aktuell erforderlich wäre.
- Die bisherigen politischen Krisenbewältigungsstrategien setzten einerseits zivilgesellschaftliche **Solidaritätsressourcen** frei (z. B. bei der Corona-Krise), aber andererseits bewirkten vielfach Erfahrungen einer „unerwiderten Solidarität“ (Deutscher Ethikrat 2022) **Vertrauensverluste** gegenüber der Regierungspolitik. Die ohnehin vorhandenen institutionellen Erschöpfungen lassen deshalb die Zweifel gegenüber der **Leistungsfähigkeit** von Politik ansteigen. „Das Scheitern der großen Pläne und Programme der demokratischen Politik ist die neue Normalität“ (Wilke 2023, 15).

Klimasozialpolitik und (partielles) Grundeinkommen als Pfeiler der Transformation

- Vor dem Hintergrund eines schleichenden Wandels zum Grundsicherungsstaat könnte auch für die Energiewende ein (*partielles*) Grundeinkommen **soziale Planken** bilden, die die **Akzeptanz** der Transformationen unterstützt (*Reziprozität*). Bislang konnten das Misstrauen der „Wutbürger“ und die Zuspitzung politischer Konflikte aber nicht aufgehalten werden, eher droht die **Gefahr** einer Entschleunigung der Transformation. Allerdings kann „die Wende zum Weniger mehrheitsfähig sein, wenn der Rettung eine Richtung gegeben wird“ (Korte 2023) und mit einer **universellen Sicherung** verbunden ist.
- Erforderlich ist dafür ein integratives Politikmanagement, das auf **Aufklärung** und **breite Koalitionen** zielt, auch um die institutionalisierten status-quo-orientierten Interessen eindämmen zu können. Eine verständliche **Kommunikation** der Umbauprozesse sowie deren Tempo ist von elementarer Bedeutung. "Transformation kann gelingen, wenn Menschen sehen, dass sie Veränderungen nicht nur erdulden, möglicherweise sogar erleiden müssen, **sondern mitgestalten** können" (Mau 2023)
- Das Vertrösten der Bevölkerung hinsichtlich der Auszahlung eines Klimageldes birgt die **Gefahr**, dass die Regierung ihre ohnehin gesunkene Glaubwürdigkeit noch weiter verspielt. Politische **Machterhaltungsstrategien** würden dann mit **Vertrauensverlusten** nicht nur in das Regierungshandeln, sondern der Demokratie generell einhergehen und damit **populistische** Strömungen stärken.

Literatur

- Beckert, J., 2023: Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise. In: Smail Ropic, S. (Hg.) *Wege aus dem Kapitalismus?* Baden Baden: Nomos Verlag, S. 558-567.
- Best, V., et al., 2023: Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Bohnenberger, K., 2022: Klimasozialpolitik Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS Studie 2022/3
- Budolfson, M., et al., 2021: Climate action with revenue recycling has benefits for poverty, inequality and well-being. *nature climate change* 11 (12):1111–1116.
- Chancel, L., et al., 2023: Climate Inequality Report 2023. World Inequality Lab Study 2023/1
- Dörre, K., 2023: Grün als Bedrohung: Warum die Klimapolitik die Arbeiter verliert. *Blätter der deutschen und internationalen Politik* (6):43-52
- Färber, G./Wieland J., 2022: Rechtliche und Verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten der Umsetzung einer Klimaprämie. Speyer: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften
- Grimm, V. 2023: Was lernen wir aus der Energiepreiskrise? Die Verbraucherperspektive. Berliner Energietage 23.5.2023, Berlin.
- Grimm, V./Groß, C. 2023: Die Heizungsreform spaltet die Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 17.
- Kalkuhl, M. et al., 2022: Auswirkungen der Energiepreiskrise auf Haushalte in Deutschland. Sozialpolitische Herausforderungen und Handlungsoptionen Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) gGmbH, Berlin
- Kellner, M. et al., 2022: Entlastung der Haushalte von der CO₂-Bepreisung: Klimageld vs. Absenkung der EEG-Umlage. Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam
- Korte, K.-R., 2022: Transformatives Regieren in Zeiten der Krisenpermanenz – ein Essay. *Dms- der moderne staat* (15. Jhg./H. 2), S. 412-429.
- Korte, K.-R., 2023: Flucht vor dem Frust. Interview. *Die Zeit* v. 7.6. 2023, S. 2
- Mau, S., 2022: Eine lange Zeit des Verzichts. Interview von Katja Thimm mit Steffen Mau in *SPIEGEL* Nr. 49 vom 3.12.2022, S. 48.
- Mau, S., 2023: "Teile der Gesellschaft sind veränderungerschöpft". Interview von Tim Frehler mit Steffen Mau in *Süddeutsche Zeitung* vom 2.9.2023, S. 6.
- Rosanvallon, P., 2022: *Die Prüfungen des Lebens*, Hamburg
- Schumacher, K. et al. 2022: Energiepreiskrise: Wie sozial und nachhaltig sind die Entlastungspakete der Bundesregierung? Ad-hoc-Studie. Berlin: Öko-Institut e.V. und Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
- Werdning, M., 2023: Zitat aus dpa-infocom, dpa:230823-99-924550/2. In: *ZEIT-Online* v. 23.8. 2023
- Wilke, H., 2023, *Klimakrise und Gesellschaftstheorie*, Frankfurt/New York

Zum Weiterlesen

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., Schupp, J., 2021a: Erzwungene Modernisierung? Arbeitsverwaltung und Grundsicherung in der Corona-Pandemie, Politikberatung kompakt 161. Berlin: DIW Berlin.

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., Schupp, J., 2021b: Hartz-IV-Reformvorschlag: Weder sozialpolitischer Meilenstein noch schleichende Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. DIW Aktuell Nr. 58 vom 12.2.2021.

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., Schupp, J., 2021c: Klima der Angst oder Respekt auf Augenhöhe? Erfahrungen von Hartz IV-Beziehenden mit Jobcentern im Zuge der Corona-Pandemie. In: Sozialer Fortschritt 70 (H.10-11), S. 651-669.

Beckmann, F./Heinze, R. G./Schad, D./Schupp, J., 2022: Bürgergeld statt Hartz IV: Was sich Langzeitarbeitslose von der geplanten Reform hoffen. DIW Wochenbericht 89(31+32), S. 411-421.

Busemeyer, M.R./Rinscheid, A./Schupp, J., 2023: Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteu*innen. DIW Wochenbericht, 90(21), S.

Heinze, R. G./Schupp, J., 2022a: "Bürgergeld und Kindergrundsicherung als Einstiege ins bedingungslose Grundeinkommen? Wendemarken im Koalitionsprogramm der neuen Bundesregierung". In: Gesellschaft - Wirtschaft- Politik (GWP), H. 1/2022, S.37-50.

Heinze, R. G./Schupp, J., 2022b: Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation. Wiesbaden: Springer VS.

Heinze, R. G./Schupp, J. 2022c: Der beständige Wandel zum Grundsicherungsstaat: Krisen als Transformationstreiber. [WSI Blog Work on Progress](#) – Serie Grundsicherung No. 5 vom 25.10.2022.

Heinze, R.G./Schupp, J., 2023a: Bürger- und Klimageld als Wende zu einer generationengerechteren Sozial- und Klimapolitik? In: Paula-Irene Villa Braslavsky (Hg.), Polarisierte Welten: Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022, S. 1-9. (in Druck)

Heinze, R.G./Schupp, J., 2023b: Klimasozialpolitik als Pfeiler der Nachhaltigkeitswende (mimeo)

Schupp, J./Heinze, R.G./ Siegel, N.A. 2022: Hohe Zustimmung für Klimageld - vor allem bei Personen mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. *DIW Aktuell Nr. 85 vom 18.10.2022.*

Prof. Dr. Rolf G. Heinze

|Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum,

Rolf.Heinze@ruhr-uni-bochum.de

Jürgen Schupp | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und
Institut für Soziologie der FU Berlin <jschupp@diw.de>